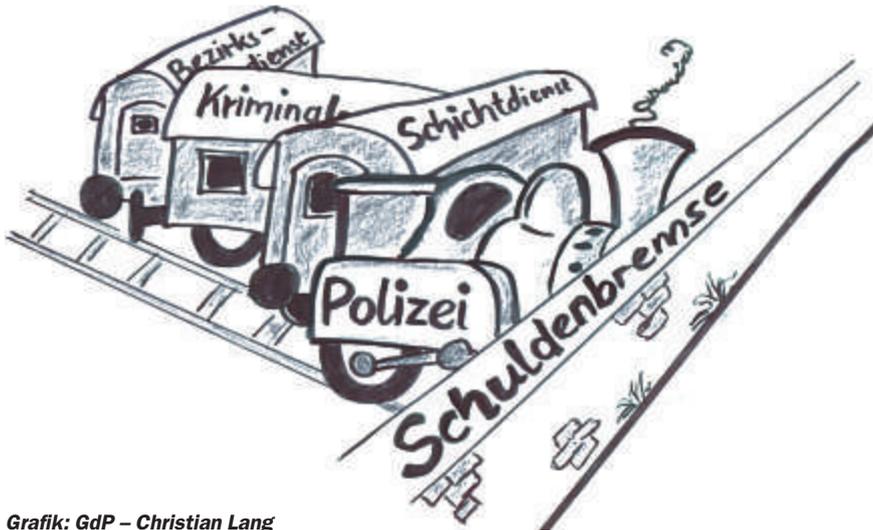




Handlungsfähiger Staat statt Schuldenbremse

Ein Gastbeitrag von Dietmar Muscheid
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Rheinland-Pfalz

Wir schreiben das Jahr 2030: Im Zuge der mit der Schuldenbremse eingeschlagenen Sparpolitik hat sich Rheinland-Pfalz gewandelt. Sportanlagen, Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater wurden geschlossen. Acht Polizeistandorte und vier Amtsgerichte wurden in ländlich geprägten Räumen wegrationalisiert. Die Finanzverwaltung hat nahezu tausend Stellen gestrichen, Betriebsprüfungen finden auf dem Niveau von Portugal statt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz des Bevölkerungsrückgangs kaum entspannt. Die Privatwirtschaft konnte die im öffentlichen Dienst abgebauten Stellen nicht kompensieren. Patienten klagen über mangelhafte Versorgung in den Krankenhäusern. Problem: Personal wurde abgebaut und fehlt heute. Die Bundesregierung plant eine Anhebung des Betreuungsgeldes. Hintergrund: Die Kommunen können Kindertagesstätten nicht mehr finanzieren.



Grafik: GdP – Christian Lang

Ein Horrorszenario, das so nicht eintreten muss und hoffentlich nie eintreten wird. Wer die Politik der vergangenen Jahre verfolgt hat, muss aber die Befürchtung haben, dass das Szenario so oder in ähnlicher Form eintreten kann.

Leider auch in Rheinland-Pfalz.

Ja zum Schuldenabbau

Um es klar zu sagen: Der DGB Rheinland-Pfalz und seine Mitgliedsgewerkschaften sind für Schuldenabbau. Der Staat muss darauf achten, dass er den nachfolgenden Generationen keine Lasten hinterlässt, die diese nicht mehr tragen können. In wirtschaftlich guten Zeiten brauchen wir deshalb ausgeglichene Haushalte. Um dies

zu erreichen, benötigen wir eine kluge Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf den Verlauf der Konjunktur reagieren kann und auf einem gerechten Steuersystem beruht.

Schuldenbremse ist unklug

Die Schuldenbremse ist kein Instrument einer klugen Politik. Sie bedeutet, dass das Land sich in große Abhängigkeit begeben hat. Weil die Länder keine eigenen Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu verbessern, bleibt ihnen nur eine Stellschraube, um das Ziel ausgeglichener Haushalte zu erreichen: Ausgabenkürzung. Leistungs- und Sozialabbau wird die Folge sein – und damit auch wirtschaftlicher Abschwung.

Situation der Polizei unerträglich

Wir spüren es schon jetzt. Die Situation der Polizei im Land ist zunehmend unerträglich. Die Schließungen der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt und der Kriminalinspektion Speyer, die Zusammenlegungen von Kommissariaten, die Auflösung von Autobahnstationen und der Verkehrsdirektion Rheinland-Pfalz, die Reduzierung der Polizeifahrzeuge, der Wegfall von Beförderungsstellen und weitere Einsparungen haben erkennbar negativen Einfluss auf die innere Verfassung und Aufgabenerledigung der Polizei. Das Kernproblem bleibt aber die Reduzierung der Polizeistellen auf 9014 – von denen in Vollzeit umgerechnet ab 2016 nur noch 8300 besetzt sein werden.

Alarmierendes Gutachten

Der Haushaltsexperte Dieter Vesper hat den rheinland-pfälzischen Doppelhaushalt 2013/2014 unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse des Gutachtens sind erhellend und alarmierend. Vesper zeigt, dass sich Rheinland-Pfalz bei der Personalausstattung des öffentlichen Dienstes im Durchschnitt der Bundesländer bewegt. Einschnitte sind somit nicht berechtigt. Im Gegenteil!

Gestaltungshoheit zurückerobern

Die Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz halten den eingeschlagenen Weg der Politik

Fortsetzung auf Seite 2

RÜCKSPIEGEL OKTOBER-AUSGABE

Auf den auf Seite 1 erschienenen Artikel der Oktober-Ausgabe der DP „Mut zur Wahrheit“ gab es aus allen Ebenen der Polizei ein ausschließlich positives Feedback. Der Tenor gegenüber dem Verfasser Ernst Scharbach: „Vielen Dank. Gut, dass mal jemand den Mut hat, die Wahrheit zu schreiben“.



DGB-KAMPAGNE: ÜBER GELD REDEN

Fortsetzung von Seite 1

daher für falsch. Der Versuch, sich von der Abhängigkeit der Märkte zu befreien, indem der Staat sich weitmöglichst zurückzieht, wird scheitern. Statt die Flucht anzutreten, sollte der Staat selbstbewusst die Gestaltungshoheit zurückerobern. Wir sind überzeugt, dass für ein funktionierendes Gemeinwohl, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht, ein handlungsfähiger Staat wichtig und richtig ist. Es geht um Bildung, Innere Sicherheit, soziale Sicherung und öffentliche Leistungen wie Sportanlagen, Theater, Büchereien, Abfallentsorgung, Energieversorgung und Vieles mehr.

Wenn wir von einem handlungsfähigen Staat reden, müssen wir über Geld reden. Dies tun die Gewerkschaften mit der Kampagne.

**„Über Geld redet man nicht.
Wir schon!“
(www.ueber-geld-reden.de)**



Wir wollen deutlich machen, wo und wie staatliche Mittel eingesetzt werden, um das Gemeinwesen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren. Wir wollen darstellen, welche Leistungen jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich sind, wenn die Politik des Rotstifts weitergeführt wird. Gleichzeitig wollen wir der Kürzungspoli-

tik unsere Vorstellungen von einem solidarisch finanzierten Gemeinwesen gegenüberstellen. Wir werben für ein neues Konzept von Steuergerechtigkeit, Steuervollzug und solidarischer Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben.

Gemeinsamer Einsatz von allen

Gemeinsam mit der GdP wird der DGB sich dafür einsetzen, die Handlungsfähigkeit von Rheinland-Pfalz zu erhalten. Auf die Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder sind wir dabei dringend angewiesen. Es geht darum, im privaten, beruflichen und politischen Umfeld die mit Ausgabenkürzungen verbundenen Probleme immer wieder deutlich zu machen und auf die Alternative einer gerechteren Steuerpolitik hinzuweisen – auch mit Blick auf kommende Wahlen. Das Kampagnenbüro des DGB Rheinland-Pfalz stellt dafür Informationsmaterial gerne zur Verfügung.

Dietmar Muscheid

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

Die DP-Redaktion ist sehr an Deiner Meinung interessiert. Reaktionen, Rückmeldungen oder Leserbriefe sind ausdrücklich willkommen:

Bernd.Becker@gdp-rlp.de

2. BA-STUDIENGANG GRADUIERT

Minister Lewentz: Gute Stimmung



Studienjahrgangsbester mit 12,27 Punkten ist Kollege Sebastian Dahm vom PP Mainz. V. l.: Inspekteur Werner Blatt, Minister Roger Lewentz, Personalreferent Rainer Leubecker, Kollege Sebastian Dahm, Polizeiateilungsleiter Joachim Laux, Schulleiter Klaus-Jörg Weidmann **Foto: LPS**

Am 1. Oktober 2009 war der 2. BA mit 175 Studierenden (58 Frauen) gestartet. 27 haben das Studienende nicht erreicht, 18 davon prüfungsbedingt. 142 Kolleginnen und Kollegen wurden am 28. September feierlich graduiert, sechs müssen Thesis bzw. mündliche Prüfung wiederholen.

Schulleiter **Klaus-Jörg Weidmann** informierte Studierende, Angehörige und Gäste bei seiner Begrüßung über viele

statistische Werte. So war ihm auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass im Modul 12 „Internationalität und Interkulturalität“ 61 Studierende einen Einblick in die Polizeiarbeit in Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Rumänien, Spanien, Schweden und erstmals auch in Polen erhalten haben.

Eine Projektwoche mit 58 Gästen aus Partnerländern diente dem englischsprachigen Austausch zu vielen Polizeithemen.

Innenminister **Lewentz** geizte in seiner Ansprache nicht mit Wertschätzung für die gute Polizeiarbeit, die in Rheinland-Pfalz geleistet werde und stimmte die Absolventen auf einen anspruchsvollen und zuweilen belastenden Berufsweg ein. Im Hinblick auf das Verhalten der Studierenden und ihren Auftritt bei der Graduierung war er sich sicher, eine gute Stimmung und großen Zusammenhalt zu spüren. Die Rede des Studiengangssprechers **Peter Gödt** tat zu diesem Eindruck ein Weiteres. Unter großem Applaus aller Zuhörer versagte ihm zuweilen die Stimme. Der Abschiedsschmerz war greifbar.

„Authentischer kann es nicht werden“, meinte dann auch **Polizeipfarrer Behnke** zu Beginn seiner Segensworte.

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rlp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.l.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rlp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



PERSONALRÄTEFORTBILDUNG: EU-RICHTLINIE ARBEITSZEIT

So ginge es: Kürzere Arbeitszeit und 1000 Leute mehr



Verdiente Fotopause zwischen engagierten Diskussionen. Bildmitte: Brigitte Göbel von der TBS des DGB Rheinland-Pfalz

Brigitte Göbel von der Technologieberatungsstelle (TBS) Rheinland-Pfalz stand an zwei Tagen den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern der GdP-Personalratenschulung Rede und Antwort zum Themenkreis „Arbeitszeiten in der Polizei unter dem Blickwinkel der EU-Richtlinie zur Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG)“.

In zwei Tagen verschafften sich – organisiert und co-moderiert von Helmut Knerr und Bernd Becker – Teilnehmer aus dem ganzen Land einen Überblick über die EU-Regelungen und diskutierten, wie diese – eigentlich längst überfällig – rechtlich und tatsächlich in materielles Recht für die RP-Polizei überführt werden könnten.

„Da haben wir ein schönes Stück Arbeit vor uns ...“ wurde es Ernst Scharbach – Vorsitzender des HPR Polizei und der GdP RP – schnell klar. Ein anderer Teilnehmer kommentierte kurz und bündig: „Wenn die EU-Richtlinie eins zu eins umgesetzt wird, brauchen wir 1000 Leute mehr bei der Polizei!“

Kern der EU-Vorgaben sind die Dienst- und Ruhezeiten: Acht-Stunden-Schichten sind demnach der Idealfall. Zwischen zwei Schichten mindestens elf Stunden und nach dem letzten Nachtdienst mindestens 35 Stunden Ruhezeit werden vorgeschrieben und es ist juristisch fraglich, auf welche Weise Öffnungsklauseln in nationalem Recht hiervon Abweichungen ermöglichen können.

Brigitte Göbel hatte sich gut vorbereitet und verfügte über Detailwissen zu den praktizierten WSD-Modellen aller Dienststellen, sodass alle Modelle auf ihre Konformität mit EU-Recht abgeklöpft werden konnten.

Diese Thesen wurden in Workshops erarbeitet:

- Keine Vorschrift von oben diktieren
- Individuelle Modelle für jede Dienststelle

- Stärkung von Beteiligung und Eigenverantwortung der Kollegen/-innen
- Regelmäßigkeit ist wichtig
- Garantierte Freizeit (Wochenenden)
- Bedarfs- und belastungsorientierter Einsatz
- Mix aus fester Dienstgruppe und flexibler Arbeitszeitgestaltung
- Verkürzung der Arbeitszeit für den WSD, z. B. durch zeitliche Faktorisierung der Nachtzeiten

Ernst Scharbach: „Das wissenschaftlich ‚Richtige‘ für die Gesundheit steht oft im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Dienststelle und den Vorstellungen der Kolleginnen und Kollegen. Wir haben den Stein der Weisen nicht gefunden, sind aber für die anstehenden Gespräche gut gerüstet.“ **HK**

GdP UND HPRP IN DER PD MAYEN

PI Remagen: Doppeltes Problem

Bei der **PI Remagen** herrscht gewissermaßen in zweierlei Hinsicht Personalnot. Es gibt Dienststellen, die kaum die funktional erforderliche Stärke stellen können und solche, die von Einsatz zu Einsatz hetzen. Die PI Remagen gehört zu den Dienststellen, die beide Probleme zu bewältigen haben. Über 100 Rapporteinträge über ein Wochenende sprechen eine eigene Sprache und dass die erforderliche Stärke von sechs Kolleginnen und Kollegen (vier draußen, zwei drinnen) mit dem vorhandenen Personal-IST nicht zu halten ist, stellt jede/r ohne große Rechenkünste fest.

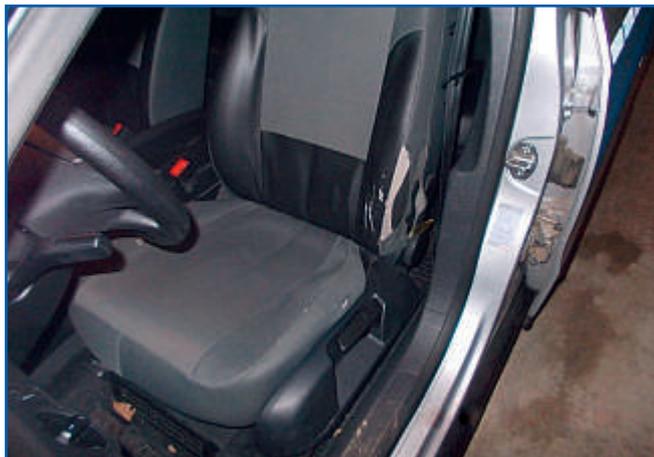
So könnte man den Gedankenaustausch der Kollegen der PI Remagen mit den Besuchern von GdP und HPRP (Scharbach, Gabler, Becker) zusammenfassen.

Bei der **PI Bad Neuenahr-Ahrweiler** steht vor dem Hintergrund der steigenden Zahl eingeschränkt dienstfähiger Kollegen die Frage der Funktionalität absolut im Vordergrund. Man „strickt“ dort aktuell mit dem Örtlichen Personalrat an einer Lösung.

Bei der **KI Mayen** stand neben allgemeinen Themen aus Politik und Beamtenrecht die so genannte „Optimierung“ der Kriminalpolizei und die Probleme bei der personellen Umsetzung im Vordergrund.



Kooperation für optimalen Komfort



So sehen über kurz oder lang die Sitze der Funkstreifenwagen aus. Der Fachausschuss Schutzpolizei fordert Abhilfe. Jürgen Heermann: „Es gibt Lösungsmöglichkeiten. Die Kooperation mit Hessen bietet sich an“.

Die Vordersitze der zurzeit im Einsatz befindlichen Funkstreifenwagen sind seit geraumer Zeit Gegenstand von Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen – nicht nur in Rheinland-Pfalz. Die Forderung: Wir wollen auch nach stundenlangem Sitzen in unserem Hauptarbeitsplatz, dem Streifenwagen, noch beschwerdefrei unserer Arbeit nachgehen können.

Wer kennt nicht das Problem: Nach dem Einsteigen zur Streifen- oder Einsatzfahrt muss mehr oder weniger umständlich die persönliche Bewaffnung und Ausrüstung am Funktionsgürtel gerichtet werden. Tut frau/man es nicht, drückt und zwickt es bereits nach sehr kurzer Zeit im Rücken, insbesondere an den seitlichen unteren Rippen und in der Nierengegend. Der Grund dafür ist schnell ausgemacht. Die seitlichen Rückenstützen der Vordersitze, die vom Grundsatz ein langes und beschwerdefreies Autofahren ermöglichen sollen, drücken die Ausrüstungsgegenstände in den Körper der Passagiere.

Druckschmerz stellt sich ein

Bei längerer Verweildauer in den Fahrzeugen in dieser Sitzposition stellen sich mit der Zeit Druckschmerzen ein, die als sehr unangenehm empfunden werden. Das Problem verschärft sich in der kalten Jahreszeit noch, weil der Funktionsgürtel von der Winterbekleidung verdeckt wird und das Richten der Ausrüstung noch arbeits- und zeitaufwendiger wird, wenn es überhaupt ge-

lingt, eine beschwerdefreie Sitzposition zu finden. Ob gesundheitliche Langzeitschäden für die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Rücken- und Haltungsschäden durch diesen Missstand zu erwarten sind, wurde bislang noch nicht untersucht. Ganz nebenbei erwähnt werden sollte noch, dass auch der Sicherheitsgurt eher umständlich an den Ausrüstungsgegenständen vorbeigeführt und in das Gurtschloss eingedrückt werden muss.

Nachgewiesen sind derzeit aber Schäden an den Rückenlehnen der Sitzmöbel, wie die Fotos von Steifenwagen der PI Zweibrücken beweisen. Die Schäden sind mit Sicherheit kein Einzelfall. Bereits bei den Fahrzeugmodellen von Mercedes Benz wurden die Vordersitze durch Lederflicken an den Rückenstützen stabilisiert. VW versucht Beschädigungen an der Polsterung durch Schonbezüge zu minimieren. Mit mehr oder weniger großem Erfolg. Weil das Problem den Herstellern bekannt ist, tauscht VW die Sitze vor Beendigung der Leasinglaufzeit inzwischen kostenfrei aus. Nur, wer tauscht unseren Körper bei Beschädigungen aus?

Lösung in USA und Hessen?

Und dennoch gibt es Lösungsmöglichkeiten. In den USA bietet der Hersteller Carbon Motors einen speziellen Polizeisitz an, der den Bedürfnissen der Polizisten gerecht werden soll. Dort hat man die Notwendigkeit von speziellen Sitzen für die Polizei erkannt und umgesetzt. Wie vor kurzem in der Frankfurter Rundschau zu lesen war, versucht auch Hessen dem Problem Herr zu werden, indem bei den neu auszuliefernden Fahr-

KURZ & KNACKIG

■ 800-mal GdP-Eis für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen

Nazi-Demo, Gegendemo und Christopher-Street-Day. Das Zusammenkommen dieser drei Veranstaltungen bescherte dem PP Koblenz einen Einsatz mit vierstelligem Kräfteansatz.



„Wie geil ist das denn ...?“, war die typische Reaktion auf den selbst gebastelten Eiswagen der GdP KG Koblenz.

Detlef Maurer und Corinna Schorn von der Kreisgruppe Koblenz und **Martin Schwaab** (Sozialberater PP Koblenz, Bildmitte) radelten am 18. August bei Temperaturen über 35 Grad durch die City und bescherten den Einsatzkräften vor Ort eine kühle Überraschung. Insgesamt wurden im Laufe des Tages über 800 Eis verteilt.

zeugen von zwei Sitzvarianten gewählt werden können. Den herkömmlichen, rückenschonenden mit seitlichen Rückenstützen versehenen und einem breiteren Standardsitz. Weiterhin nimmt man mit den verschiedenen Herstellern Gespräche auf, mit dem Ziel, einen optimalen Komfort für den Arbeitsplatz Streifenwagen erreichen zu können. Im Rahmen der Kooperationsbestrebungen mit anderen Bundesländern sollte Rheinland-Pfalz nicht zögern, auf den anrollenden Zug aufzuspringen. Bequeme und gesunde Sitzmöbel dienen nebenbei auch der Kostendämpfung. Der Austausch der Sitze würde entbehrlich. Kosten für die Gesundheitsvorsorge könnten reduziert werden, wenn der Rücken eben nicht mehr zwickt. Die Dienstvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement in der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz sollte nicht nur auf dem Papier stehen.

Die GdP hat sich mit dem Anliegen direkt an Staatssekretärin Heike Raab gewandt. Über den Fortgang wird berichtet.

Jürgen Heermann
Fachausschuss -S-



POLIZEIPARTNERSCHAFT MAINZ – EDINBURGH

Gute Freunde bei der Lothian and Borders Police Federation in Schottland



Die beiden Vorsitzenden, links Jackie Muller, rechts Ernst Scharbach, mit einer diensthabenden Kollegin.



So geht Polizei in Schottland. Die Besucher im Gespräch mit ihren Kollegen aus Edinburg

Oktober 2002: Die Dienstgruppe -B- der PI Ingelheim unternimmt mit einer sechsköpfigen Gruppe einen gemeinsamen Ausflug nach Edinburgh/Schottland.

Über damals bereits vorhandene Kontakte der GdP wird eine Besichtigung der Craigmillar Police Station mit Dienststellenleiter Chiefinspector David Grady ermöglicht. Aufgrund des großen Interesses der schottischen Polizeikollegen an einem Gegenbesuch in Deutschland wird dieser in Rücksprache mit damaligem L/PI Ingelheim **Winfried Kohler** und **L/PD Ebling** im Folgejahr ermöglicht.

September 2012: Eine achtköpfige Gruppe, unter diesen auch der GdP-Landesvorsitzende **Ernst Scharbach**, fährt über ein verlängertes Wochenende in die schottische Hauptstadt Edinburgh. Die ursprünglich als Dienststellenpartnerschaft „PI Ingelheim – Craigmillar Police Station (Edinburgh)“ ins Leben gerufene Verbindung wurde im Laufe der letzten zehn Jahre zu einer Partnerschaft zwi-

schen der GdP-Bezirksgruppe Mainz und der Lothian and Borders Police Federation. In dieser Zeit, in der alle zwei Jahre ein Besuch hiesiger Kollegen in Schottland und in den dazwischen liegenden Jahren ein Gegenbesuch stattfindet, entwickelte sich weit mehr als eine kollegiale Partnerschaftsbeziehung unter den Teilnehmern, sodass auch viele persönliche Freundschaften geschlossen werden konnten und sogar zwei der Besucher aus 2002 (Jürgen Faier und Uwe Hammes) in diesem Jahr ihr „10-Jähriges“ feiern konnten. Wie immer wird den deutschen Besuchern ein attraktives Programm geboten: Besuch der Führungszentrale während einer stattfindenden Demonstration der „Scottish Defence League“, Gespräch mit dem Einsatzleiter, Teilnahme an einer Einsatzbesprechung eines Fußballspiels der Scottish Premier League und Spielbesuch, Führung durch das „Civic Centre“ (Polizei, Gericht, Verwaltung, Sozialämter in einem Haus vereint), Besuch der schottischen Polizeischule, eine bei einer schottischen Reise natürlich

obligatorische Führung durch eine Whisky-Destillerie und am letzten Abend ein gemeinsames Essen mit Graham Sinclair (Temporary Assistant Chief Constable of Scottish Police) im Edinburgh Castle.

Neben den umfassenden Eindrücken der schottischen Polizeiarbeit und Kennenlernen der kulturellen Unterschiede im Alltag werden zudem viele interessante Gespräche geführt, insbesondere während eines Treffens zwischen Ernst Scharbach und der Vorsitzenden der schottischen Polizeigewerkschaft der Lothian and Borders Police Federation, **Jackie Muller**: Mit Kolleginnen und Kollegen verschiedenster Arbeitsbereiche werden Vergleiche der Ausbildung und der polizeilichen Aufgaben angestellt, aber auch aktuelle Probleme und Grundsatzzfragen wie das Tragen einer Schusswaffe diskutiert.

Und nach diesem Besuch steht eindeutig fest: zehn Jahre bestehende Partnerschaft sind noch lange nicht genug und Ideen für Programmpunkte der nächsten Besuche stehen bereits fest.

Mira Torner

SENIOREN WESTPFALZ

Walter Hager 60 Jahre GdP



Im Kreise von 25 Kolleginnen und Kollegen, die auf Einladung des Seniorenvorsitzenden Gerhard Brenner (rechts) am GdP-Stammtisch teilnahmen, wurde der Kollege Walter Hager (Mitte) durch den BG-Vorsitzenden Werner Hilmer für 60 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt.



Mit Schülerpraktika für Polizeiberuf werben

Ausbildungsplatzinitiative

In Anlehnung an die bisherigen Ausbildungsplatzinitiativen können auch im Jahr 2013 wieder junge Menschen eine Ausbildungschance erhalten. Insgesamt stehen den Polizeibehörden und -einrichtungen 20 Ausbildungsstellen zur Verfügung, z. B. in der Verwaltung und im IT-Bereich.

Verkehrsüberwachung

Der HPRP hat der Einrichtung einer AG zugestimmt, die den Auftrag hat, eine Konzeption zur Stärkung der Verkehrsüberwachung zu entwickeln. In vier Unterarbeitsgruppen werden die Schwerpunkte spezialisierte VKÜ, allgemeine VKÜ, Technik und Aus- und Fortbildung unter die Lupe genommen. Der HPRP hat darauf hingewiesen, die personelle Ausgestaltung der Unterarbeitsgruppen so gering wie möglich zu halten und die Fachkenntnisse der am Zielprozess Beteiligten sowie der Mitglieder des AK VPRA zu nutzen.

Fortbildung IT-Sicherheit

Der Ausschreibung eines Fortbildungseminars zum Thema Datenschutz hat der HPRP zugestimmt. Es wird als dringend erforderlich angesehen, die Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragten der Behörden und Einrichtungen für ihre Tätigkeit umfassend zu schulen.

Auswahl 4. Einstiegsamt

Dem Entwurf der Ausschreibung für das Auswahlverfahren 2013/2014 zur Ausbildungsqualifizierung für die Ämter ab dem vierten Einstiegsamt (höherer Dienst) und für eine Ausbildungsqualifizierung Studiengang „Digitale Forensik“ wurde zugestimmt.

Qualifizierung Zentrale Bußgeldstelle

Die zukünftigen „neuen“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Bußgeldstelle müssen für ihre Tätigkeit umfassend geschult werden. Hierzu zählen sowohl fachtheoretische Inhalte als auch die Einführung in die neue EDV-Software. Hierzu wurde ein umfangreiches Fortbildungskonzept erstellt, dem der HPRP zugestimmt hat.

Übernahme in die Kriminalpolizei

Nachdem das ISIM einige Änderungsvorschläge berücksichtigt hat, wurde der

Rahmenrichtlinie zur Übernahme in die Kriminalpolizei zugestimmt.

Schülerpraktika im Polizeibereich

Der Rahmenkonzeption zur Durchführung von Schülerpraktika wurde ebenfalls zugestimmt. Ausschlaggebend für die Zustimmung waren die feststehenden sinkenden Bewerberzahlen für die Zukunft und die Hoffnung, durch solche Schülerpraktika eine Anhebung des Bewerberpotenzials zu erreichen.

Vor dem Hintergrund, dass die Dienststellen bereits heute durch die Praktika im Rahmen der HBFS und der Bachelor-Ausbildung stark gefordert sind, wurden unsererseits verschiedene Vorschläge unterbreitet, um die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu minimieren. Eine Evaluation mit dem Ziel der Feststellung, ob die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler auch den Weg zur Polizei gefunden haben, wurde ebenfalls angeregt.



AG „Maschinenpistole“

Aufgrund eines aktuellen Vorfalles soll sich die AG mit den Problemen im Umfang mit der MP 5 auseinandersetzen und ein Konzept erarbeiten, das u. a. die Aus- und Fortbildung, die Nutzung von Pool-MR 5 und die sichere Handhabung der Waffe beinhaltet. Der HPRP hat der Einrichtung der AG zugestimmt.

Flughafen Zweibrücken

Im Streitfall um die Sicherheitsüberwachung wurde eine Einigung dahingehend erzielt, dass das Personal für den restlichen Sommerflugplan auf fünf Kräfte zurückgefahren und bei sinkenden Flugzahlen weiter reduziert wird. Für den Sommer- und Winterflugplan 2013/2014 wird die Bewachung/Bestreitung durch Beliehene übernommen und nur noch die bewaffnete Überwachung der Fluggastkontrollen durch die Polizei durchgeführt.

Margarethe Relet, Heinz Werner Gabler

PRÄVENTIONSPROGRAMM FÜR SCHICHTARBEITER

„KomPAS“ auch bei uns!?

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz mit Sitz in Speyer hat – gemeinsam mit der Drei-Burgen-Klinik in Bad Münster am Stein-Ebernburg und zwei ambulanten Rehasentren – ein Präventionsprogramm speziell für Schichtarbeiter aufgelegt.

Das Konzept hört auf den Namen „Kombinierte Präventionsleistung für Arbeit mit Schichtanteilen“, kurz „KomPAS“ und ist speziell für Schichtarbeiter mit Tag- und Nachtwechsel entwickelt worden. Es soll den richtigen Umgang mit Stress vermitteln, zu regelmäßiger Bewegung motivieren und über gesunde Ernährung informieren.

Die Teilnehmer absolvieren zunächst einen zehntägigen stationären Aufenthalt in der Klinik in Bad Münster.

Anschließend soll das Erlernte acht Wochen lang ambulant gefestigt werden – entweder in einem der Rehasentren oder im Betrieb.

Kommentar: Und bei uns?

Das Ziel der Rentenversicherung ist ganz klar: Spätmöglicher Renteneintritt auch bei belastenden Tätigkeiten.

Das Gute daran ist, dass es mit den Interessen der Arbeitnehmer deckungsgleich ist. Wer will nicht möglichst gesund zur Arbeit gehen und den Ruhestand bei guter Gesundheit erreichen und erleben?

Genau diese einfache Logik muss doch auch für die Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz gelten. Mit dem Seminar „Sport für Wiedereinsteiger“ gibt es zaghafte Ansätze, mit Bordmitteln der Polizei Gutes zu bewirken. Die Wirtschaft zeigt uns den Weg.

Lieber Arbeitgeber, den Worten müssen Taten folgen: Optionale Freie Heilfürsorge, gute Prävention und fürsorgliche Unfallnachorge sind Gebote der Stunde.

BB



igiro Das gebührenfreie Online-Girokonto.

Wir führen Girokonten für unsere Mitglieder gebührenfrei. Und das ohne Wenn und Aber!

Warum kann die Sparda-Bank so etwas?

Die Sparda-Bank ist eine Regional- und Spezialbank für Privatkunden. Wir betreiben kein risikobelastetes Firmengeschäft und können mit einer auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Produktpalette hocheffizient arbeiten. Das bringt Ihnen Vorteile in Euro und Prozent!

Wir sind eben die Bank für Privatkunden!

Vergleichen Sie selbst:

Kosten rund ums Gehaltskonto	Sparda-Bank Südwest eG	Ihre Bank
Grundgebühr im Jahr	0,- Euro	Euro
Buchungsgebühren	0,- Euro	Euro
Gebühren für Daueraufträge	0,- Euro	Euro
Gebühren für Inlandsüberweisungen	0,- Euro	Euro
Gebühr für BANKCARD ec*	0,- Euro	Euro
Gebühr für MasterCard Standard*	0,- Euro	Euro
Depotgebühr (Onlinedepot)	0,- Euro	Euro
Gesamt	0,- Euro	Euro

* nutzungsabhängig

GdP und Sparda-Bank – starke Partner zu Ihrem Vorteil!

Kolleginnen und Kollegen der GdP nehmen als Vertreter in der Vertreterversammlung der Sparda-Bank konkreten Einfluss auf die Geschäftspolitik der Bank.



50,- Euro Eigenwerbepremie exklusiv für Mitarbeiter der Polizei



44 Filialen in Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Sparda-Bank Südwest eG
Telefon: 06131 / 63 63 63

www.sparda-sw.de

Sparda-Bank

freundlich & fair



SENIORENTREFFEN BG WESTPFALZ

... findet am Donnerstag, dem 8. November 2012, ab 15.00 Uhr im Sportpark SG Eintracht in Kaiserslautern, Entersweiler Straße, statt. TWK-Bus, Linie 101, Haltestelle „Warmfreibad“.

Gerhard Brenner

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Eugen Wünschel, KG Südpfalz

Katharina Steiner, KG Vorderpfalz

Günter Deschunty, KG PP Trier

Otmar Müller, KG PD Wittlich

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

100 Jahre

Walter Mittnacht,
KG Ww/Rhein-Lahn

90 Jahre

Ernst Schneider, KG PP/PD Koblenz
Herrmann Loch, KG WSP

75 Jahre

Helmut Richter, KG PP/PD Mainz
Klaus Hübner, KG PD Mayen

70 Jahre

Rudolf König, KG Bepo Mainz
Franz Krieger, KG Ww/Rhein-Lahn
Hilmar Stanschuss,
KG PP/PD Koblenz
Gert Petereit, KG Vorderpfalz
Arnd Schäfer, KG PD Pirmasens

BEZIRKSKONFERENZEN

Die GdP-Bezirksgruppe (BG) Mainz hat bereits am 25. Oktober 2012 in einer Delegiertenversammlung die Weichen für die im Frühjahr 2013 stattfindenden Personalratswahlen gestellt.

Alle anderen Bezirksgruppen laden im November zu ihren Bezirkskonferenzen ein. Neben den Delegierten haben auch weitere interessierte Mitglieder Anwesenheitsrecht und sind herzlich eingeladen.

Hier die Termine:

BG Koblenz

Mi., 7. November 2012, 9.30 Uhr,
Hotel Zur Katz, Auf der Katz 6,
56283 Halsenbach

BG Bereitschaftspolizei

Di., 13. November 2012, 10.30 Uhr,
Aula der Bereitschaftspolizei,
55129 Mainz

BG Rheinpfalz

Mi., 14. November 2012, 10.00 Uhr,
Gaststätte „Böbig“, Harthäuser Weg
40, 67454 Neustadt/Weinstraße

BG Westpfalz

Do., 15. November 2012, 9.30 Uhr,
Gaststätte Servus im Sportpark der
SG Eintracht, Entersweiler Straße,
Kaiserslautern

BG Trier

Di., 20. November 2012, 9.30 Uhr,
Handwerkskammer Trier, Loeb-
straße 18, 54292 Trier

KOMMUNALE PRÄVENTIONSARBEIT

Aufstockung des Personals?



V. l.: Ernst Scharbach, Katharina Raue, Corinna Koch, Lothar Schömann

Zum Thema „Stand und Perspektive der kriminalpräventiven Arbeit in den Kommunen in Rheinland-Pfalz“ hatten die Grünen zu einer Fach-Diskussion eingeladen.

Fraktionsvorsitzender **Daniel Köbler** wertet die Prävention als ein grünes Thema, um mit Weitblick Kosten, Schäden

und Leid im Vorhinein zu verhindern. Polizeisprecherin **Katharina Raue** betonte das Verständnis als öffentliche Querschnittsaufgabe.

Polizeipräsident **Lothar Schömann** stellte im Podium die Aufgaben der Polizei dar und betonte den Umfang an Engagement und Arbeit, die von den Kolleginnen und Kollegen hierfür investiert wird. Herr **Liesenfeld** vom Landespräventionsrat forderte eine Aufstockung des Personals im Ministerium. Für die GdP nahmen **Corinna Koch** (PI Ingelheim), **Anna Kabala** (Landesvorstand JUNGE GRUPPE, PI 1 Mainz) und **Ernst Scharbach** teil.

„Bei allen guten Wünschen: Wir werden sehen, was davon übrig bleibt, wenn das Personal weiter schrumpft“. Mancher meinte, man solle die kommunale Kriminalprävention dem Bildungsministerium zuweisen. Dort wäre es vielleicht einfacher, mehr Personal und Geld für diese wichtige Aufgabe bereitzustellen.

WIR TRAUERN UM:

Anna Maria Bamberger

85 Jahre

Ehefrau des Kollegen
Günter Bamberger
KG Rhein-Nahe

Hans Joram

87 Jahre

KG Vorderpfalz

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

